

Gewerkschaft der Polizei

www.gdp-saarland.de

Kaiserstr. 258 * 66133 Saarbrücken

Infodienst vom Fr., 07.10.2005

Einigkeit macht stark!!! - Weihnachtsgeld wie 2004

GdP begrüßt Beschluss der Landesregierung

Saarbrücken. Erleichtert hat die Gewerkschaft der Polizei im heutigen Aufmacher der Saarbrücker Zeitung lesen können, dass die Landesregierung davon Abstand genommen hat, bereits in diesem Jahr das Weihnachtsgeld weiter zu kürzen.

Das solidarische Zusammenstehen des DGB mit seinen ÖD-Gewerkschaften und dem DBB zahlt sich also im wahrsten Sinne des Wortes aus.

Für diese, wenn auch späte, aber nicht zu späte Einsicht der Landesregierung bedankt sich die GdP bei Peter Müller und Annegret Kramp-Karrenbauer.

Dazu der Landesvorsitzende, Hugo Müller: "Super, das ist der richtige Ansatz, um eine Verschärfung der Ungleichbehandlung von Tarifbeschäftigten und beamtetem Personal im öffentlichen Dienst zu verhindern. Diesem ersten Schritt müssen aber weitere folgen. Wir erwarten nun die Übernahme des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) auch für das Saarland und dann natürlich die Aufnahme echter Verhandlungen über das im Landeshaushalt dargestellte Einsparvolumen in Höhe von 30 Millionen Euro."

Es muss nochmals klar gestellt werden, dass es sich beim Weihnachtsgeld nicht um ein Einkommensprivileg handelt, aus dem heraus sich die Familien der saarländischen Polizeibeamtinnen und -beamten mit Luxusgütern versorgen könnten. Im Gegenteil: Bei explodierenden Lebenshaltungskosten (Energiepreisentwicklung. reduzierte Beihilfe bei medizinischen Maßnahmen, Steigerung der kommunalen Abgaben und Gebühren etc.) ist das jetzt noch vorhandene Rumpfweihnachtsgeld (zur Erinnerung: 66% bei A7 bis A10, 62% bei A11 bis A14 und 58% bei A15 und höher plus einheitlicher Kinderzuschlag bei allen Besoldungsgruppen) zu einem unverzichtbaren Einkommensbestandteil geworden. das die ganz alltäglichen Notwendigkeiten unserer Familien finanzieren hilft.

Hugo Müller: "Es kann grundsätzlich nicht sein, dass die Beamtinnen und Beamten zum Steinbruch der saarländischen Finanzpolitik werden."

Fon: (0681) **84 124 10**, Fax: - **15**, mailto: **gdp-saarland@gdp-online.de**, 07.10.2005, S. 1/1